Stand: 14.11.2025 01:00:39

Vorgangsmappe für die Drucksache 17/2531

"Situation und Kontrollen in den Putenmastbetrieben"

Vorgangsverlauf:

- 1. Initiativdrucksache 17/2531 vom 03.07.2014
- 2. Beschlussempfehlung mit Bericht 17/3587 des UV vom 22.10.2014
- 3. Beschluss des Plenums 17/3992 vom 04.11.2014
- 4. Plenarprotokoll Nr. 28 vom 04.11.2014



Bayerischer Landtag

17. Wahlperiode

03.07.2014 Drucksache 17/2531

Antrag

der Abgeordneten Herbert Woerlein, Harry Scheuenstuhl, Klaus Adelt, Florian von Brunn SPD

Situation und Kontrollen in den Putenmastbetrieben

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, im Ausschuss für Umwelt und Verbraucherschutz einen Bericht über die Situation in den Putenmastbetrieben, die dort durchgeführten Kontrollen und die Einhaltung gesetzlicher Bestimmungen abzugeben.

Dabei ist unter anderem auf folgende Fragen einzugehen:

- Wie hoch ist die durchschnittliche Verweildauer der Masttiere und wie hoch ist die Sterblichkeitsrate der Tiere? Welche gesetzlichen Regelungen zur sachgemäßen Tötung von Puten gibt es und wie wird kontrolliert, dass diese Regelungen auch gesetzeskonform angewendet werden?
- Werden vor dem Schlachten die w\u00e4hrend der Mast verabreichten Medikamente, die ja vom Betrieb aufgelistet und vom Tierarzt best\u00e4tigt sein m\u00fcssen, nochmals \u00fcberpr\u00fcft? Werden Puten anderweitig verwertet (zum Beispiel Tierfutter), wenn zu viele Medikamente verabreicht wurden?
- Welche Erkenntnisse hat die Staatsregierung zu Medienberichten, wonach bei Putenmastbetrieben im Landkreis Dillingen die Tötung der Tiere sowie die Beseitigung der Tierkörper nicht sachgemäß erfolgte, und gibt es ähnliche Verstöße in anderen bayerischen Putenmastbetrieben, die der Staatsregierung bekannt sind?
- Gibt es Kontakte zwischen den Behörden und der Tierschutzorganisation "Soko Tierschutz" bzw. ähnlichen Organisationen, um sicherzustellen, dass das von der Organisation gesammelte Material bezüglich der Vorwürfe gegen die Betriebe aus dem Landkreis Dillingen geprüft wird und ggf. zur Verhinderung von Gesetzesverstößen in den bayerischen Putenmastbetrieben verwendet wird?

- Wie wird verhindert, dass Betreiber von Putenmastbetrieben "Insiderwissen" über bevorstehende Kontrollen erlangen? Hat die Staatsregierung Kenntnis von Fällen, in denen möglicherweise Kontrollen auf diesem Wege vorab bekannt wurden und wie wurde mit diesen Fällen umgegangen?
- Handelt es sich bei dem mittlerweile vom Landratsamt Dillingen bestätigten Sachverhalt, wonach eine Mitarbeiterin des Veterinäramts zugleich die Ehefrau des Inhabers eines nun aufgrund von evtl. Gesetzesverstößen in die Kritik geraten Putenmastbetreibers ist, um einen Einzelfall?
- Gab es in der Vergangenheit oder gibt es momentan ähnliche persönliche Verflechtungen in der Veterinärverwaltung in anderen Teilen Bayerns und wurde dies bislang überprüft? Welche Mechanismen gibt es, um zu verhindern, dass es zu Interessenkonflikten kommt bzw. welche Überlegungen, diese in Zukunft zu verhindern?

Begründung:

Die Berichterstattung der Medien (Filmbeitrag in Spiegel TV am 11. Mai und daraufhin einsetzende Berichterstattung u.a. in der "Augsburger Allgemeinen" und der "Süddeutschen Zeitung") über eventuelle Missstände in zwei Putenmastbetrieben im Landkreis Dillingen wirft nicht zum ersten Mal die Frage auf, wieweit in Bayern sichergestellt ist, dass wirksame Lebensmittelkontrollen flächendeckend durchgeführt werden. Es besteht nach wie vor Handlungsbedarf: Die Verbraucher müssen sich darauf verlassen können, dass Lebensmittelkonsum gesundheitlich unbedenklich ist und auch ethisch vertretbar ist. Bestimmungen zur Lebensmittelsicherheit und zur ordnungsgemäßen Haltung der Tiere müssen eingehalten werden.



Bayerischer Landtag

17. Wahlperiode

22.10.2014 Drucksache 17/3587

Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Umwelt und Verbraucherschutz

Antrag der Abgeordneten Herbert Woerlein, Harry Scheuenstuhl, Klaus Adelt u.a. SPD

Drs. 17/2531

Situation und Kontrollen in den Putenmastbetrieben

I. Beschlussempfehlung:

Zustimmung

Berichterstatter: Herbert Woerlein Mitberichterstatter: Alexander Flierl

II. Bericht:

- Der Antrag wurde dem Ausschuss für Umwelt und Verbraucherschutz federführend zugewiesen. Der Ausschuss für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten hat den Antrag mitberaten.
- 2. Der federführende Ausschuss hat den Antrag in seiner 18. Sitzung am 10. Juli 2014 beraten und einstimmig Zustimmung empfohlen.
- 3. Der Ausschuss für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten hat den Antrag in seiner 16. Sitzung am 22. Oktober 2014 mitberaten und einstimmig Zustimmung empfohlen mit der Maßgabe, dass im ersten Absatz nach dem Wort "Verbraucherschutz" die Worte "und dem Ausschuss für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten" eingefügt werden.

Dr. Christian Magerl

Vorsitzender



Bayerischer Landtag

17. Wahlperiode

04.11.2014 Drucksache 17/3992

Beschluss

des Bayerischen Landtags

Der Landtag hat in seiner heutigen öffentlichen Sitzung beraten und beschlossen:

Antrag der Abgeordneten Herbert Woerlein, Harry Scheuenstuhl, Klaus Adelt, Florian von Brunn SPD

Drs. 17/2531, 17/3587

Situation und Kontrollen in den Putenmastbetrieben

Die Staatsregierung wird aufgefordert, im Ausschuss für Umwelt und Verbraucherschutz und dem Ausschuss für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten einen Bericht über die Situation in den Putenmastbetrieben, die dort durchgeführten Kontrollen und die Einhaltung gesetzlicher Bestimmungen abzugeben.

Dabei ist unter anderem auf folgende Fragen einzugehen:

- Wie hoch ist die durchschnittliche Verweildauer der Masttiere und wie hoch ist die Sterblichkeitsrate der Tiere? Welche gesetzlichen Regelungen zur sachgemäßen Tötung von Puten gibt es und wie wird kontrolliert, dass diese Regelungen auch gesetzeskonform angewendet werden?
- Werden vor dem Schlachten die während der Mast verabreichten Medikamente, die ja vom Betrieb aufgelistet und vom Tierarzt bestätigt sein müssen, nochmals überprüft? Werden Puten anderweitig verwertet (zum Beispiel Tierfutter), wenn zu viele Medikamente verabreicht wurden?

- Welche Erkenntnisse hat die Staatsregierung zu Medienberichten, wonach bei Putenmastbetrieben im Landkreis Dillingen die Tötung der Tiere sowie die Beseitigung der Tierkörper nicht sachgemäß erfolgte, und gibt es ähnliche Verstöße in anderen bayerischen Putenmastbetrieben, die der Staatsregierung bekannt sind?
- Gibt es Kontakte zwischen den Behörden und der Tierschutzorganisation "Soko Tierschutz" bzw. ähnlichen Organisationen, um sicherzustellen, dass das von der Organisation gesammelte Material bezüglich der Vorwürfe gegen die Betriebe aus dem Landkreis Dillingen geprüft wird und ggf. zur Verhinderung von Gesetzesverstößen in den bayerischen Putenmastbetrieben verwendet wird?
- Wie wird verhindert, dass Betreiber von Putenmastbetrieben "Insiderwissen" über bevorstehende Kontrollen erlangen? Hat die Staatsregierung Kenntnis von Fällen, in denen möglicherweise Kontrollen auf diesem Wege vorab bekannt wurden und wie wurde mit diesen Fällen umgegangen?
- Handelt es sich bei dem mittlerweile vom Landratsamt Dillingen bestätigten Sachverhalt, wonach eine Mitarbeiterin des Veterinäramts zugleich die Ehefrau des Inhabers eines nun aufgrund von evtl. Gesetzesverstößen in die Kritik geraten Putenmastbetreibers ist, um einen Einzelfall?
- Gab es in der Vergangenheit oder gibt es momentan ähnliche persönliche Verflechtungen in der Veterinärverwaltung in anderen Teilen Bayerns und wurde dies bislang überprüft? Welche Mechanismen gibt es, um zu verhindern, dass es zu Interessenkonflikten kommt bzw. welche Überlegungen, diese in Zukunft zu verhindern?

Die Präsidentin

I.V.

Inge Aures

II. Vizepräsidentin

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures: Ich rufe Tagesordnungspunkt 3 auf:

Abstimmung

über Anträge, die gemäß § 59 Abs. 7 der Geschäftsordnung nicht einzeln beraten werden (s. Anlage 1)

Hinsichtlich des jeweiligen Abstimmungsverhaltens mit den einzelnen Voten der Fraktionen verweise ich auf die Ihnen vorliegende Liste.

(Siehe Anlage 1)

Wer mit der Übernahme seines Abstimmungsverhaltens bzw. dem jeweiligen Abstimmungsverhalten seiner Fraktion entsprechend der aufgelegten Liste einverstanden ist, den bitte ich um sein Handzeichen. – Danke schön. Gibt es Gegenstimmen? – Keine Gegenstimmen. Enthaltungen? – Auch keine Enthaltungen. Damit übernimmt der Landtag diese Voten.

zur 28. Vollsitzung am 4. November 2014

Beschlussempfehlungen der Ausschüsse, die der Abstimmung über die nicht einzeln zu beratenden Anträge zu Grunde gelegt wurden gem. § 59 Abs. 7 GeschO (Tagesordnungspunkt 3)

Es bedeuten:	
(E)	einstimmige Zustimmungsempfehlung des Ausschusses
(G)	Zustimmungsempfehlung des Ausschusses mit Gegenstimmen
(ENTH)	Zustimmungsempfehlung des Ausschusses mit Enthaltungen oder
	Enthaltung einer Fraktion im Ausschuss
(A)	Ablehnungsempfehlung des Ausschusses oder
	Ablehnung einer Fraktion im Ausschuss
(Z)	Zustimmung einer Fraktion im Ausschuss
	•

 Antrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Christine Kamm u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) Bericht über Kriegsflüchtlinge aus Syrien, die im Rahmen der Dublin-III-Regelung abgeschoben werden Drs. 17/2074, 17/3579 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Verfassung, Recht und Parlamentsfragen

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
A	Z		Z

 Antrag der Abgeordneten Petra Guttenberger, Josef Zellmeier, Jürgen W. Heike u.a. CSU Bericht über Reform des EU-Datenschutzrechts Drs. 17/2127, 17/3580 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für Verfassung, Recht und Parlamentsfragen

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
Z	Z	Z	Z

 Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Markus Rinderspacher, Harry Scheuenstuhl, Natascha Kohnen u.a. und Fraktion (SPD) Kein Fracking für Öl und Gas in Bayern Drs. 17/2402, 17/3577 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Wirtschaft und Medien, Infrastruktur, Bau und Verkehr, Energie und Technologie

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
A		Z	Z

 Antrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Katharina Schulze u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) Berichtsantrag zum Gesetzgebungsverfahren der EU-Datenschutzgrundverordnung und den Reformbestrebungen bei Scoringverfahren Drs. 17/2413, 17/3582 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für Verfassung, Recht und Parlamentsfragen

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
			Z

 Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Thorsten Glauber u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER) Fracking endlich bundesweit verbieten Drs. 17/2423, 17/3578 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Wirtschaft und Medien, Infrastruktur, Bau und Verkehr, Energie und Technologie

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
A			Z

 Antrag der Abgeordneten Herbert Woerlein, Harry Scheuenstuhl, Klaus Adelt u.a. SPD Situation und Kontrollen in den Putenmastbetrieben Drs. 17/2531, 17/3587 (E) [X]

Antrag der CSU-Fraktion gem. § 126 Abs. 3 GeschO

Abweichendes Votum des mitberatenden Ausschusses für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
			Z

7. Antrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Jürgen Mistol u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) Interkommunale Zusammenarbeit muss umsatzsteuerfrei bleiben! Drs. 17/2624, 17/3520 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für Kommunale Fragen, Innere Sicherheit und Sport

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
			Z

 Antrag der Abgeordneten Eberhard Rotter, Karl Freller, Markus Blume u.a. CSU Den Menschen die Heimat erhalten – Für ein zeitgemäßes Angebot an angemessenem Mietwohnraum in allen Landesteilen sorgen Drs. 17/2649, 17/3521 (ENTH)

Votum des federführenden Ausschusses für Kommunale Fragen, Innere Sicherheit und Sport

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
	ENTH		ENTH

 Antrag der Abgeordneten Eberhard Rotter, Karl Freller, Markus Blume u.a. CSU Den Menschen die Heimat erhalten – Bayerisches Modernisierungsprogramm verbessern Drs. 17/2650, 17/3522 (ENTH)

Votum des federführenden Ausschusses für Kommunale Fragen, Innere Sicherheit und Sport

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
Z	ENTH		ENTH

 Antrag der Abgeordneten Eberhard Rotter, Karl Freller, Markus Blume u.a. CSU Den Menschen die Heimat erhalten – Wohneigentum für Familien stärker im Ort fördern Drs. 17/2651, 17/3523 (ENTH)

Votum des federführenden Ausschusses für Kommunale Fragen, Innere Sicherheit und Sport

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
	ENTH	Z	ENTH

 Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Christine Kamm u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) Auszug aus Gemeinschaftsunterkünften ermöglichen, die Pflicht zur Wohnsitznahme in Gemeinschaftsunterkünften aus dem bayerischen Aufnahmegesetz (AufnG) streichen Drs. 17/2674, 17/3379 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Arbeit und Soziales, Jugend, Familie und Integration

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
A		ENTH	Z

zur 28. Vollsitzung am 4. November 2014

 Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Ulrike Müller u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER) Managementplan "Wölfe in Bayern" Stufe 2 unverzüglich vorlegen! Drs. 17/1438, 17/3524

Votum des federführenden Ausschusses für Umwelt und Verbraucherschutz

der den Antrag für erledigt erklärt hat

13. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Markus Rinderspacher, Florian von Brunn, Harry Scheuenstuhl u.a. und Fraktion (SPD) Rückkehrende Tierarten in Bayern-Managementplan §Wölfe in Bayern" Stufe 2 endlich vorlegen! Drs. 17/1471, 17/3525

Votum des federführenden Ausschusses für Umwelt und Verbraucherschutz

der den Antrag für erledigt erklärt hat